

Am 4. März kommen eine Vorlage auf kantonaler und zwei auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Kantonale Vorlagen

1) Kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk».

Eidgenössische Vorlage

1) Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021.

2) Volksinitiative vom 11. Dezember 2015 «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren).



SP
Sarah Reisch,
Gerichtsschreiberin

Kantonale Vorlage:

1) **Nein**, diese Initiative will den Lehrplan dem Kantonsrat zur Genehmigung vorlegen und diesen auch referendumsfähig machen. Der Lehrplan wird heute durch den fachlich und gesellschaftlich breit zusammengesetzten und demokratisch legitimierten Bildungsrat festgelegt. Es gibt keinen Anlass, von der bisherigen bewährten Kompetenzordnung abzuweichen. Die Initiative ist ein Mittel der Gegner des Lehrplans 21, diesen doch noch im Kanton Zürich zu verhindern. Bei Annahme der Initiative könnte der Lehrplan zum Spielball politischer Interessen werden, worunter schlussendlich die Schüler und Schülerinnen leiden werden.

Eidgenössische Vorlagen:

1) **Ja**, die Einnahmen der direkten Bundessteuer und Mehrwertsteuer machen mehr als 60 Prozent des Bundeshaushaltes aus. Ohne diese Mittel könnte der Staat seine Aufgaben im bisherigen Umfang nicht mehr wahrnehmen. Der Bundesbeschluss zur Finanzordnung 2021 verlängert daher die Befugnis zur Erhebung dieser Steuern bis 2035.

2) **Nein**, eine vierte Gewalt mit einem unabhängigen und vielfältigen Radio- und Fernsehprogramm ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Die öffentliche Meinungsbildung darf nicht von Macht und Geld gesteuert werden. Bei Annahme der Initiative müssten die SRG und 34 regionale Radio- und TV-Stationen ihren Betrieb einstellen. Für Randregionen wäre ein kostendeckender Betrieb ohne Gebühren schlicht nicht finanzierbar. Zudem würden höhere Kosten für weniger Inhalt auf uns alle zukommen: Bereits ein Pay-TV-Jahresabonnement nur für Sport ist teurer als die heutigen Rundfunkgebühren.



SVP
Johann Widmer,
Gemeinderat SVP

Kantonale Vorlage:

1) **Ja**. Die Initiative «Lehrplan vors Volk» fordert mehr demokratische Mitsprache bei der Einführung von neuen Lehrplänen. Mit einem Ja gibt es die Möglichkeit, die Bildung unserer Kinder mitzuprägen und somit für alle Kinder faire und sinnvolle Voraussetzungen zu schaffen.

Nicht die Theoretiker sollen abschliessend entscheiden über den Weg unserer Volksschule, sondern die Betroffenen an der Basis: Die Bevölkerung – Lehrkräfte, Eltern, Gewerbevertreter, Lehrlingsausbildner, die Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger – all diejenigen, die letztlich die Auswirkungen von Schulreformen tragen müssen.

Der Lehrplan gibt die Leitplanken für die Lehrmittel und somit auch für den Schulunterricht vor. Er entscheidet, wie unsere Schülerinnen und Schüler für die Zukunft gewappnet sind. Eine offene Diskussion darüber ist notwendig.

Eidgenössische Vorlagen:

1) **Ja**. Der Betrag ist sehr hoch. Aber es braucht für eine funktionierendes Staatswesen einen gesicherten Einnahmenstrom. Es geht um die Weiterführung der bestehenden Finanzordnung. Die SVP will die Steuersätze senken, nicht das ganze System über Bord werfen.

2) **Ja**. Das Mediensystem mit den nationalen Zwangsabgaben stammt aus den Zeiten von «Radio Beromünster». Das System hat sich überlebt, insbesondere die Zwangsabgaben sind nicht mehr zeitgemäss. Der eingesparte Milliardenbetrag würde zu grossen Teilen wieder in das Mediensystem fliessen.

Zu den grossen Verlierern der RTVG-Vorlage zählen die Unternehmen, die KMU und das Gewerbe. Schon bald werden sie dazu genötigt, jährlich bis zu 39 000 Franken Billag-Zwangsgebühren zu bezahlen. Mit einem Ja werden Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten entlastet.



FDP
Martina Zürcher-Böni, Präsidentin
FDP 10, Ökonomin

Kantonale Vorlage:

1) **Nein**. Die Initiative verlangt, dass der Lehrplan 21 nicht nur vom Regierungsrat, sondern auch rückwirkend vom Kantonsrat beschlossen werden kann. Die Initianten möchten dann mittels eines fakultativen Referendums eine Volksabstimmung erzwingen. Das Zürcher Stimmvolk hat jedoch bereits mit der Abstimmung zum neuen Volksschulgesetz und mit zwei Harmos-Abstimmungen indirekt dem Lehrplan 21 zugestimmt. Die FDP hatte sich in den diversen Vernehmlassungen zum Lehrplan 21, insbesondere für die Stärkung der sogenannten MINT-Fächer eingesetzt, das heisst die mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächer, wie zum Beispiel die Informatik.

Eidgenössische Vorlagen:

1) **Ja**. Gemäss der Bundesverfassung darf der Bund die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer nur befristet bis 2020 erheben. Diese Abstimmungsvorlage verlängert dies bis 2035. Zwei Drittel der Bundeseinnahmen kommen aus diesen beiden Steuern, deshalb war auch in den eidgenössischen Räten völlig unbestritten, dass sie weiter erhoben werden dürfen.

2) **Nein**. Nicht allen ist bewusst, dass nicht nur die SRG, sondern auch 34 lokale Radio- und Fernsehstationen Geld aus dem Gebührentopf erhalten. Die Gebühr, die ab 2019 pro Haushalt 365 Franken beträgt, ist insbesondere auch wichtig für die sprachlichen Minderheiten, wie das Radio und Fernsehen in der rätoromanischen oder italienischen Schweiz. Diese könnten selbstständig nie kostendeckend produzieren. Zweifelslos muss und wird sich die Medienlandschaft in der Schweiz weiter verändern. Kritik an der heutigen SRG ist deshalb auch angebracht, aber die FDP will Reformen und keinen Kahlschlag.

www.zahnaerztehoengg.ch

Besuchen Sie uns auch im Internet!

Zahnärzte

Dr. med. dent. Martin Lehner
NEU ab Januar 2018: med. dent. Jasmin Nydegger, Zahnärztin

Dentalthygiene und Prophylaxe
Praxis Dr. Martin Lehner
Limmattalstrasse 25
8049 Zürich-Höngg

Öffnungszeiten

Mo, Mi, Do: 7.30 bis 20 Uhr

Di: 7.30 bis 17 Uhr

Freitag: 7.30 bis 16 Uhr

Telefon 044 342 19 30



Grüne
Monika
Bättschmann,
Leiterin
Alterszentrum



GLP
Armin Eberle,
Geschäftsführer



AL
Judith Stofer
Kantonsrätin AL,
Zürich

Kantonale Vorlage:

1) Nein. Die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» gehört abgelehnt: Das heutige Lehrplanverfahren hat sich bewährt, zudem ist eine zeitgemässe inhaltliche Grundlage für unsere Volksschule dringend nötig.

Mit dieser Initiative soll vor allem die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zürich verhindert werden. Mit einem Nein zur Initiative stehen wir ein für das bewährte Lehrplangenehmungsverfahren und eine zeitgemässe inhaltliche Grundlage für unsere Volksschule. Und wir erteilen der einseitigen Vereinnahmung der Volksschule durch äusserst konservative Kreise eine Abfuhr.

Eidgenössische Vorlagen:

1) Ja, denn wir Grünen wollen die Bundeseinnahmen sichern! Die letzte Verlängerung der Befristung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer hiess die Bevölkerung 2004 im Verhältnis drei zu eins gut. Die zur Diskussion stehenden Steuern sind in der Bevölkerung somit breit akzeptiert. Damals wie heute zeichnet sich kein mehrheitsfähiger Ansatz ab, wie eine Finanzarchitektur ohne direkte Bundessteuer und ohne Mehrwertsteuer aussehen könnte.

2) Nein, wir Grünen lehnen den Abbau des Service public ab und sagen Nein zum Kahlschlag in der Medienlandschaft und zur Zerstörung der lebendigen Medienvielfalt. Mit «No Billag» verschwinden Angebote für Sprachminderheiten und Angebote für Menschen mit Hör- oder Sehbehinderungen. Zudem droht der Abbau der unabhängigen, vielfältigen Information in allen Landesteilen und der kulturellen Vielfalt bei Film und Musik. Eine Abschaffung der Billag-Gebühren bedeutet für die Konsumentinnen und Konsumenten eine vorprogrammierte Kostenexplosion. Zudem: Es würden mit der Annahme von «No Billag» mehrere tausend Arbeitsplätze vernichtet.

Kantonale Vorlage:

1) Nein. Die Initiative will dem Bildungsrat die ihm richtigerweise zustehende Kompetenz wegnehmen, den Lehrplan zu genehmigen. Dies ist aus Sicht der Grünliberalen unnötig, ineffizient und im Sinne der Sache auch nicht zielführend. Der Kantonsrat selber hat die Idee abgelehnt, über Lehrpläne zu befinden und diese Volksabstimmungen zu unterbreiten. Die Lehrinhalte der Schule sollen nicht politisiert werden.

Eidgenössische Vorlagen:

1) Ja. Mit der Finanzordnung 2021 werden die Bundes- und die Mehrwertsteuer verlängert. Würde die Vorlage abgelehnt, gingen über 60 Prozent der Bundeseinnahmen verloren. Für die Aufgabenerfüllung des Staates sind diese Steuern unerlässlich, weshalb die Grünliberalen die Vorlage zur Annahme empfehlen.

2) Nein. Die radikale Volksinitiative verlangt, dass die heute konzessionierten Radio- und Fernsehstationen künftig keine Empfangsgebühren mehr erhalten. Damit wäre der heutigen SRG ein künftiger Sendebetrieb nicht mehr möglich. Die Alternativpläne basieren auf illusorischen Annahmen über Werbeeinkünfte und Abonnementspreise. Die verschiedenen Kultur- und Sprachangebote sowie Angebote für Minderheiten wie Blinde und Hörgeschädigte gehören zur vielfältigen Schweiz und sollen auch in Zukunft gepflegt werden. Ausserdem wünschen sich die Grünliberalen neutralen und unabhängigen Journalismus, welchen die SRG gemäss Verfassung anbieten muss und dies auch mehrheitlich tut. Wieviel Service Public und zu welchem Preis darf und soll man diskutieren. No Billag ist aber keine Lösung, um die Schweizer Medienlandschaft zu reformieren, sondern ein Kahlschlag.

Kantonale Vorlage:

1) Nein. Die Vollversammlung der Alternativen Liste hat einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» verlangt, dass Lehrpläne im Kanton Zürich künftig vom Kantonsrat genehmigt und dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Bereits in mehreren Kantonen wurde über ähnliche Volksinitiativen abgestimmt. In allen Kantonen wurden sie haushoch abgelehnt. Im Kanton Zürich legt der vom Kantonsrat gewählte Bildungsrat, ein breit zusammengesetztes Fachgremium, den Lehrplan für die Volksschule fest. Die Mitsprache der Lehrerorganisationen, Parteien und weiterer interessierter Kreise ist garantiert. Sie können sich an den Vernehmlassungen beteiligen. Umgesetzt wird der Lehrplan in den Gemeinden durch Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrer.

Eidgenössische Vorlagen:

1) Ja. Bei dieser Vorlage stimmen wir darüber ab, ob der Bund für weitere 15 Jahre (bis Ende 2035) direkte Bundessteuern und Mehrwertsteuern erheben darf. Die Einnahmen aus diesen beiden Steuern belaufen sich auf jährlich rund 43 Milliarden Franken. Ohne diese Einnahmen könnte der Bund seine Aufgaben nicht mehr im vollen Umfang wahrnehmen. Die Vorlage war in den beiden Räten unbestritten.

2) Nein. Mit der Abschaffung der Radio- und Fernseh-Gebühren steht der mediale Service Public auf dem Spiel. Mit der Abschaffung der Gebühren wird die SRG mit all ihren Sendern und Programmen abgeschafft. Die ausländische Konkurrenz steht bereits in den Startlöchern, um die Lücke zu schliessen und hier tüchtig abzuzocken. Mit der Abschaffung der Gebühren verlieren Kultur-, Musik- und Filmschaffende sowie die Sportwelt einen wichtigen Partner. Und: mit der Abschaffung der Gebühren gehen Tausende von Arbeitsstellen verloren.

Höngg aktuell

Freitag, 2. März

Ökumenischer Weltgebetstags-Gottesdienst

19.30 bis 20.30 Uhr. Am ersten Freitag im März wird auf der ganzen Welt der Weltgebetstag mit einem ökumenischen Gottesdienst gefeiert. Für 2018 haben Frauen verschiedener Konfessionen aus Surinam den Text der Feier verfasst – zum Thema «Gottes Schöpfung ist sehr gut». Reformierte Kirche, Am Wettingertobel 38.

Musicalprojekt Zürich 10 – Rock! – Premiere

20 bis 22.30 Uhr. Kurz und knackig ist der Titel – und er spricht für sich! Beim neuen Stück des Musicalprojekts Zürich 10 wird nach allen Regeln der Kunst gerockt. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Ackersteinstrasse 190.

Samstag, 3. März

Musicalprojekt Zürich 10 – «Rock!»

20 bis 22.30 Uhr. Kurz und knackig ist der Titel – und er spricht für sich! Beim neuen Stück des Musicalprojekts Zürich 10 wird nach allen Regeln der Kunst gerockt. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Ackersteinstrasse 190.

Sonntag, 4. März

Musicalprojekt Zürich 10 – «Rock!»

15 bis 17.30 Uhr. Kurz und knackig ist der Titel – und er spricht für sich! Siehe 3. März.

Montag, 5. März

Bewegung mit Musik

8.45 bis 9.45 Uhr. Turnen der Pro Senectute Seniorinnen 60+, für Gelenke und Muskeln mit Lachen und Geselligkeit, fein, subtil und effizient. Jeden Montag 8.45 bis 9.45 und 10 bis 11 Uhr. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Ackersteinstrasse 186.

Auflösung von Seite 20

